



Positionspapier

Grüne Wirtschaft

Stand 8. Mai 2013

Zusammenfassung

Durch die Wegwerfwirtschaft und die wachsende Erdbevölkerung wächst der Druck auf die Umwelt. Die natürlichen Ressourcen sind nicht unerschöpflich und werden immer knapper. Damit die Erde mit ihren Ressourcen und wertvollen Ökosystemen geschont wird, muss die Bevölkerung sensibilisiert und das Konsumverhalten verändert werden. Initiativen der Grünen Wirtschaft zielen hierauf ab. Eine kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Wirtschaft ist ihr Ziel.

Strategien für eine grüne Wirtschaft sind als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und die immer knapper werdenden Ressourcen entstanden. Auf internationaler Ebene existieren bereits verschiedene Initiativen zur Grünen Wirtschaft. In der Schweiz wurde eine entsprechende Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ am 6. September 2012 eingereicht.

Das Mitwirken und die aktive Teilnahme an internationalen Konferenzen sind aus Sicht der SAB sehr wertvoll für die Schweizer Berggebiete. Die Berggebiete sind empfindliche Ökosysteme und müssen geschützt werden. Konzepte der Grünen Wirtschaft liegen in ihrem Interesse, müssen jedoch auf die regionalen Wirtschaften abgestimmt werden.

Die SAB erachtet den neuen Verfassungsartikel „Grüne Wirtschaft“ nicht für notwendig und lehnt die Volksinitiative aus mehreren Gründen ab. Einerseits existieren auf Bundesebene bereits verschiedene Strategien und Initiativen, die auf eine nachhaltige Wirtschaft abzielen. Andererseits wären zusätzliche Vorschriften (z.B. Emissionsvorschriften) und Abgaben (im Rahmen einer ökologischen Steuerreform beispielsweise) nicht förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Berggebiete. Ausserdem halten wir es für nicht angebracht, das Konzept des ökologischen Fussabdrucks auf Verfassungsebene zu verankern. Die „Grüne Wirtschaft“ soll von den Wirtschaftsakteuren auf freiwilliger Basis umgesetzt werden können und ihnen nicht als staatliche Vorgabe aufgezwungen werden.

1. Grundlagen

- Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft“ (Grüne Wirtschaft)
- Aktionsplan Grüne Wirtschaft des Bundesrates
- Diverse weitere Unterlagen.

2. Ausgangslage

Wir stehen heute vor grossen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Eine stark wachsende Weltbevölkerung und ein verändertes Konsumverhalten erhöhen den Druck auf die Umwelt und die natürlichen Ressourcen. Eine nachhaltige Zukunft ist nur möglich, wenn es der Wirtschaft gelingt den Ressourcenverbrauch vom Wohlstandswachstum abzukoppeln.

Die Grüne Wirtschaft berücksichtigt die Knappheit der Ressourcen einerseits und will andererseits durch wirtschaftliche Entwicklung die Armut reduzieren. Das Prinzip der Grünen Wirtschaft verlangt, dass auf globaler Ebene jedes Land einen Beitrag leistet. Auf nationaler Ebene sollen alle Akteure des Wirtschaftssystems sowie auch der Staat Massnahmen ergreifen.

Grüne Wirtschaft- ein Definitionsversuch

Es existiert international keine einheitliche Definition der Grünen Wirtschaft. Deshalb hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) eine Arbeitsdefinition entwickelt: Eine Grüne Wirtschaft verbessert das menschliche Wohlbefinden und den sozialen Ausgleich, indem die Umweltrisiken und Ressourcenknappheit bekämpft werden. Eine Grüne Wirtschaft ist kohlenstoffarm, ressourceneffizient und sozial nachhaltig. Eine Grüne Wirtschaft ist eine Wirtschaft, deren Einkommenswachstum durch Investitionen bestimmt wird, die die CO₂-Emissionen reduzieren, die Energie- und Ressourceneffizienz steigern und die dem Verlust der Biodiversität und der Ökosysteme entgegensteuern.

Die Grüne Wirtschaft auf internationaler Ebene

Strategien für eine grüne Wirtschaft sind als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und die immer knapper werdenden Ressourcen entstanden. Auf Internationaler Ebene

wurden verschiedene Ansätze und Initiativen entwickelt:

- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitete eine Strategie für grünes Wachstum.
- Ein Bericht des UNEP zeigt, dass mit einer Investition (jährlich) von 2 % des weltweiten BIP in zehn Schlüsselsektoren, eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente Wirtschaft erreicht werden könnte.
- Auch die EU verankert das Prinzip der Grünen Wirtschaft in ihrer Wirtschaftsstrategie Europa 2020. Es sind insbesondere der Abbau umweltbelastender Subventionen und finanzielle Anreize für Energieeinsparungen vorgesehen.
- An der Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung 2012 (Rio20+) war die Grüne Wirtschaft eines der beiden Leitthemen. Verbindliche Abmachungen gingen jedoch keine hervor, man bekannte sich lediglich zum Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens und zur Grünen Wirtschaft.
- Auch in der Alpenkonvention wurde das Thema der Grünen Wirtschaft aufgenommen mit den Alpen als wichtiger Biodiversitäts-Raum in Europa.
- Ausserdem haben bereits verschiedene Länder die Green Economy politisch zu einem Leitthema erklärt, hierunter beispielsweise Japan und Singapur.

Grüne Wirtschaft in der Schweiz?

Am 6. September 2012 wurde die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ eingereicht, mit dem Ziel, das Prinzip in der Verfassung zu verankern. Der Initiativtext verlangt, dass eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft angestrebt wird. Der ökologische Fussabdruck soll bis ins Jahr 2050 so reduziert werden, dass er eine Erde nicht überschreitet. Der Bund hat hierzu langfristige Ziele zu verfassen und Massnahmen (er kann wirtschaftliche Aktivitäten fördern, Vorschriften für die Produktion erlassen oder Abgaben einfordern) einzuleiten.

Der Bundesrat plant nun (was als Grundlage für den indirekten Gegenvorschlag gilt), entsprechende Änderungen im Umweltschutzgesetz vorzunehmen (Aktionsplan Grüne Wirtschaft). Auf nationaler Ebene war der Bund allerdings schon vor Einreichen der Initiative in verschiedenen Bereichen der grünen Wirtschaft aktiv:

- So zum Beispiel der Bundesratsauftrag zur grünen Wirtschaft von 2010, welcher die folgenden sechs Handlungsfelder umfasst: Cleantech, Informations- und Kommunikationstechnologien, Umweltbelastung von Produkten, Ökologisierung des Steuersystems, Wohlfahrtsmessung, Neue Erlasse.
- Der Masterplan Cleantech des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) bildet die Grundlage für die Strategie Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien. Unter den Begriff Cleantech fallen Technologien, Herstellverfahren oder Dienstleistungen, die zur Erhaltung natürlicher Ressourcen und der Umwelt beitragen.
- Mit der Energiestrategie 2050 will der Bundesrat den Ausstieg aus der Kernenergie wagen. Zur Energiestrategie gehört ausserdem die Ökologische Steuerreform, welche zurzeit vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) vorbereitet wird.

3. Position der SAB

Berggebiete als wertvolle Ökosysteme

Die Alpen bilden den zweitgrössten Biodiversitäts-Hotspot in Europa. Die Berggebiete sind von den Konsequenzen der Wegwerfwirtschaft wie beispielsweise dem Klimawandel genauso bedroht wie alle anderen Regionen der Welt. Eine Grüne Wirtschaft liegt deshalb auch in ihrem Interesse und die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist unumgänglich.

Wie aus der oben geschilderten Ausgangslage hervor geht, lässt sich die Grüne Wirtschaft nicht ohne Probleme definieren. Das Konzept ist nicht klar abgrenzbar und enthält keine fest stehenden Prinzipien. Die Massnahmen und die Umsetzungsstrategien des Konzeptes Grüne Wirtschaft können von Land zu Land variieren.

International: aktive Rolle der Schweiz

Auf internationaler Ebene ist es von Vorteil, dass die Schweiz bei den verschiedenen Konventionen und Konferenzen als aktives Mitglied teilnimmt. Es werden so wertvolle Inputs im Bereich Grüne Wirtschaft gesammelt und ausgetauscht.

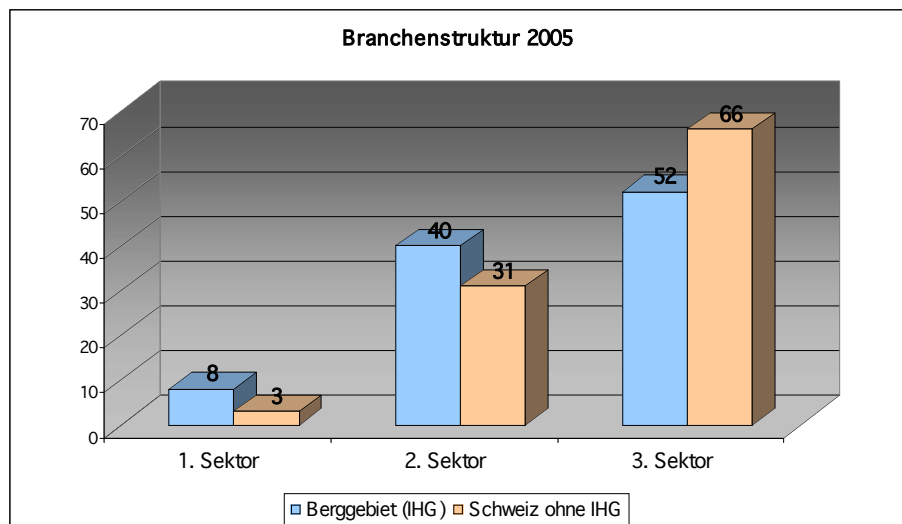
Bei den allgemein als schwierig eingestuften Verhandlungen kann die Schweiz eine Vorreiterrolle einnehmen wie sie es in Katar (Doha-Runde) getan hat.

In bestimmten Bereichen der grünen Wirtschaft darf die Schweiz bereits jetzt als Vorbild angesehen werden. Bei der Energieeffizienz beispielsweise ist die Schweiz heute die erfolgreichste Volkswirtschaft der OECD.

„Grüne Wirtschaft“ in der Schweiz

Einerseits sind die Förderung von erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus der Kernenergie positiv für die Berggebiete und ländlichen Räume, da sie die wichtigsten Produktionsstandorte der erneuerbaren Energien sind. Aufgrund ihrer Topografie und Höhenlage sowie ihres Wasserreichtums eignen sie sich für diese Art der Energieerzeugung.

Weiter liegt die Anerkennung und Wertschätzung alpiner Ökosystemdienstleistungen (wie beispielsweise die traditionelle Landnutzung) und der Beitrag zur Kulturlandschaft im Interesse der Berggebiete.



Andererseits müssen Charakteristiken und Strukturen der regionalen Wirtschaften berücksichtigt werden. Die Industrie beispielsweise spielt in den Berggebieten noch eine sehr wichtige Rolle. Dieser Bereich soll durch eine Implementierung der Grünen Wirtschaft nicht benachteiligt werden. Deswegen wird

eine ökologische Steuerreform von der SAB eher kritisch betrachtet.

Zu stark einschränkende Emmissionsvorschriften können ebenfalls von Nachteil für die Entwicklung der Berggebiete sein.

Grüne Wirtschaft an die Region anpassen

Bei der Umsetzung des Konzeptes der Grünen Wirtschaft ist es wichtig, dass die geografischen, ökonomischen und kulturellen Eigenheiten der Berggebiete und ländlichen Räume berücksichtigt und in die Implementierungsstrategie mit eingebaut werden. Die Massnahmen der Grünen Wirtschaft müssen je nach Region angepasst werden und variieren.

Die SAB spricht sich grundsätzlich für eine Grüne Wirtschaft aus, dies ist allerdings auch ohne entsprechende Verankerung in der Verfassung möglich. Anstelle einer staatlichen Vorgabe, soll es den einzelnen Akteuren der Wirtschaft überlassen sein, ob sie das Konzept der Grünen Wirtschaft anwenden wollen oder nicht. Die Umsetzung des Konzeptes basiert somit auf Freiwilligkeit und wird dem Markt nicht aufgezwungen. Ein neuer Verfassungsartikel „Grüne Wirtschaft“, wie es die Volksinitiative verlangt, ist aus Sicht der SAB nicht notwendig. Einerseits existieren auf Bundesebene bereits zahlreiche Strategien und Initiativen in diesem Bereich. Andererseits wären weitere Vorschriften für Produktionsprozesse oder zusätzliche Abgaben (beispielsweise im Rahmen einer ökologischen Steuerreform) nicht förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Berggebiete. Ausserdem lehnen wir es ab, das Ziel der Initiative, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis ins Jahr 2050 auf eine Welt zu reduzieren, in der Verfassung zu verankern. Da das Konzept des ökologischen Fussabdrucks nicht klar definiert ist, lässt es zu viel Interpretationsspielraum offen.

Die verschiedenen Strategien im Bereich Nachhaltigkeit und Grüne Wirtschaft auf Bundesebene (Energierstrategie 2050, Masterplan Cleantech u. a.) an deren Umsetzung bereits gearbeitet wird, können stattdessen noch weiter ausgebaut und angepasst werden.